

Geschlechtergerechte Sprache

***Rede von Oliver Hildenbrand am 31. Januar 2024
im Landtag von Baden-Württemberg***

Redezeit: 10 Minuten (≈ 1000 Wörter)

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin / Herr Präsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleg*innen,

zum dritten Mal innerhalb eines Jahres rede ich heute in einer Anti-Gender-Debatte hier im Landtag.

Zum dritten Mal innerhalb eines Jahres haben diejenigen diese Debatte beantragt, die der Meinung sind, dass viel zu oft und viel zu viel übers Gendern geredet wird.

Ich finde das, mit Verlaub, geradezu irrwitzig.

Und ich kann nur festhalten: Es sind die Gegner*innen einer geschlechtergerechten Sprache, die ständig über das Gendern reden wollen.

In den Aktuellen Debatten hier im Landtag sollten wir politische Herausforderungen diskutieren, die von zentraler politischer Bedeutung für unser Land sind.

Sie aber, Herr Kollege Rülke, rufen nun schon zum wiederholten Mal ein Scheinproblem auf. Sie wollen eine Phantomdebatte über etwas führen, das gar kein Problem ist.

Denn um es noch einmal ganz klar zu sagen:

Es gibt in Baden-Württemberg keinen Gender-Zwang, den die Gegner*innen einer geschlechtergerechten Sprache so gerne herbeifantasieren.

Und es gibt in Baden-Württemberg auch kein Gender-Verbot, das sich die Gegner*innen einer geschlechtergerechten Sprache so sehnlich wünschen.

Der Beschluss im Ministerrat gestern hat schlicht und ergreifend klargestellt: Die Landesverwaltung hält sich im formalen Schriftverkehr und in Verwaltungsakten an die deutsche Rechtschreibung. Und in allen anderen Fällen – etwa in Pressemitteilungen, auf ihren Webseiten, auf ihren Social-Media-Kanälen und in Infomaterialien – können sie Gender-Sternchen, Doppelpunkt oder Unterstrich verwenden.

Meine Damen und Herren,

wir leben in einer Zeit, in der es an politischen Herausforderungen wahrlich nicht mangelt: rechtsextremistische Angriffe auf unsere Demokratie, ein erstarkender Antisemitismus, die notwendige Transformation der Wirtschaft, der enorme Fachkräftemangel, die Klimakrise und ihre Folgen, die Auswirkungen von globalen Konflikten und Kriegen, die auch die Menschen hier bei uns in Baden-Württemberg zu spüren bekommen.

Die Liste an tatsächlichen Problemen, für die wir politische Lösungen finden müssen, ist wirklich lang.

Und deshalb frage ich Sie, werte Kolleg*innen der FDP/DVP-Fraktion: Sehen Sie allen Ernstes aktuell keine echten Probleme für eine Aktuelle Debatte, so dass Sie wieder die Phantomdebatte über das Gendern aus dem Hut zaubern müssen?

Woher rührt Ihre offenkundige Obsession für ein Gender-Verbot, das einer liberalen Partei so gar nicht würdig erscheint?

Die Antwort darauf ist meines Erachtens sehr klar: Sie versuchen die Debatte anzuzünden, weil Sie hoffen, daraus politisch Kapital schlagen zu können.

Schauen wir uns den Titel Ihrer heutigen Aktuellen Debatte mal genauer an: „Gendern verhindert Integration und Inklusion“.

Diese Behauptung ist nicht nur falsch, sondern geradezu absurd.

Denn worum geht es beim Gendern eigentlich? Es geht darum, alle Menschen gleichermaßen anzusprechen und sprachlich sichtbar zu machen. Es geht also im Kern um Vielfalt, Anerkennung und Respekt.

Mit dem Titel Ihrer Aktuellen Debatte tun Sie etwas, das ich wirklich unanständig finde: Sie spielen Menschen, die in dieser Gesellschaft benachteiligt und diskriminiert werden, gegen andere Menschen aus, die ebenfalls von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind.

Und Sie tun das aus politischem Kalkül.

Ich möchte Sie fragen, Herr Rülke: Glauben Sie allen Ernstes, dass es das Gender-Sternchen ist, das die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund verhindert?

Haben Sie sich in letzter Zeit mal mit Geflüchteten und Ehrenamtlichen aus der Flüchtlingshilfe unterhalten? Und haben Sie diese Menschen gefragt, was die drängendsten Probleme sind, die einer besseren und schnelleren Integration im Weg stehen? Ich habe genau das getan. Und ich kann Ihnen versichern: Das Gender-Sternchen war nicht die Antwort.

Es gibt echte Herausforderungen, die wir bei der Integration zu bewältigen haben. Vielen Menschen mit Fluchtgeschichte fällt es zum Beispiel schwer, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das, meine Damen und Herren, ist ein echtes Problem. Und deshalb haben wir als grüne Landtagsfraktion genau dafür Lösungen auf unserer Neujahrs-Klausur erarbeitet.

Auch bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung müssen wir noch besser werden – auch hier gibt es drängende Baustellen. Das Gendern gehört nicht dazu.

Das behaupte nicht ich. Das sagen auch Vertreter*innen von Betroffenenverbänden.

Ja, die Sonderzeichen, die beim Gendern verwendet werden, können zum Beispiel für blinde und sehbehinderte Menschen problematisch sein. Aber der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband fordert kein Gender-Verbot. Vielmehr bemängelt er, dass es bisher keine einheitliche Gender-Variante gibt, auf die sich sehbehinderte Menschen sowie die Hersteller von Computer-Vorleseprogrammen einstellen können.

Es geht bei der Gender-Kritik des Sehbehinderten-Verbandes also nicht um das Ob, sondern um das Wie. Das ist konstruktive Kritik, für die man Lösungen finden kann. Sie, Herr Rülke, sind aber gar nicht an Lösungen interessiert. Sie wollen nur eine politische Scheindebatte am Köcheln halten.

Auch wenn Sie hier die vierte, fünfte oder sechste Anti-Gender-Debatte anmelden: Sie werden die gesellschaftliche Diskussion und die gesellschaftliche Entwicklung damit nicht aufhalten.

Sprache verändert sich. Sprache verändert sich, weil wir uns als Gesellschaft verändern. Und genau das passiert gerade beim Gendern.

Es gibt bei vielen, insbesondere jungen Menschen, das Bedürfnis, über das sprachliche Gendern ihren Respekt für alle Geschlechter auszudrücken. Hier mit politischen Verboten eingreifen zu wollen, halte ich für falsch.

Liebe FDP, auch wenn es Ihnen sichtlich schwerfällt, lassen Sie doch den Menschen selbst die Freiheit, miteinander auszuhandeln, wie sie sich gegenseitig ansprechen wollen.

Meine Damen und Herren,

in diesen Tagen gehen die Menschen zu Hunderttausenden auf die Straße, weil sie spüren: Es steht gerade viel auf dem Spiel. Es gilt jetzt, zusammenzustehen und unsere offene Gesellschaft, unser vielfältiges Miteinander und unsere lebendige Demokratie aktiv zu verteidigen.

Gerade wir als Abgeordnete tragen eine große Verantwortung dafür, das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und Problemlösekompetenz von Politik zu stärken.

Debatten über Scheinprobleme, wie sie die FDP wiederholt führen will, tragen dazu ganz gewiss nicht bei.

Wenn Sie es ernst meinen mit einer gelingenden Integration und Inklusion, dann lassen Sie uns die tatsächlichen Hürden in den Blick nehmen, die Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit einer Behinderung im Weg stehen, und dafür politische Lösungen finden.

Wir sind dazu bereit.

Vielen Dank.